



Antrag

der Fraktion der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene bei den weiteren Beratungen zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz entschieden für folgende Positionen einzusetzen:

Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung:

Um eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen, muss die Bedarfsplanung an der Morbiditätsentwicklung ausgerichtet, flexibel und kleinräumig gestaltet werden, so dass medizinische und pflegerische Versorgungsleistungen für Patientinnen und Patienten erreichbar sind. Zudem ist die Zusammenarbeit des ambulanten und stationären Sektors sowie von Ärzten und nicht-ärztlichen Heilberuflern zu fördern und die wohnortnahe Geburtshilfe zu erhalten. Die berufsbedingt gestiegenen Kosten in der Geburtshilfe müssen stärker berücksichtigt werden.

Erhalt einer gerechten Finanzierung des Gesundheitssystems:

Die bisher nicht bezifferten Ausgabenrisiken des Gesetzes sind zu konkretisieren, mögliche Mehrausgaben müssen solidarisch und paritätisch finanziert werden. Die Landesbasisfallwerte müssen vollständig an einen bundeseinheitlichen Basisfallwert angeglichen werden.

Reform des vertragsärztlichen Vergütungssystems:

Ärzte müssen bei gleicher Leistung gleiches Honorar erhalten. In unterversorgten Gebieten ist die Budgetierung anzupassen. Zudem sollen die Vergütungssysteme von privater und gesetzlicher Krankenversicherung schrittweise angeglichen werden.

Weiterentwicklung der Strukturen des Gemeinsamen Bundesausschusses:

Die Länder sollen ein Mitberatungsrecht bei Beschlüssen zur Versorgungsplanung erhalten.

Bernd Heinemann
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion